

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 16
Königsplatz 15 (Kassateur A. Dittmer)
Verantwortlicher: Amt Moritzplatz 3105/06

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags
Bezugspreis: vierteljährlich durch die Post
(einschließlich Bestellgeld) 100 Mt.

Achtstundentag und Arbeitsleistung.

Während die wirtschaftliche Hochkonjunktur für Deutschland in den letzten zwei bis drei Monaten erheblich nachgelassen hat und das Heer der Arbeitslosen auf weit über vier Millionen gewachsen ist, hören trotzdem die Unternehmer ihre nahestehenden Ängste nicht auf, planmäßig gegen den Achtstundentag zu arbeiten. Da nun auch noch das Arbeitszeitgesetz im März wieder in Beratung genommen werden soll, so ergibt sich für die Arbeiterschaft die Notwendigkeit, ihre Meinung erneut geltend zu machen, um auf diese Weise die Öffentlichkeit zu überzeugen.

Es ist eine Zeit, da man die Notwendigkeit der längeren Arbeitszeit mit der Hochkonjunktur begründete und erklärte, die gegenwärtige Situation für die deutsche Industrie es unumgänglich mache, eine längere Arbeitszeit durchzuführen. Heute ist aber mit dem Rückgang der Konjunktur dieses Argument vollständig hinfällig geworden, nicht aber das Geschrei, die trotz dem den Abbau des Achtstundentages befürworten. Die Debatte im Reichswirtschaftsrat haben leider auch die sozialistischen Abgeordneten veranlaßt, die Forderung der Arbeitszeitverlängerung auf dem Wege der Arbeitszeitverlängerung zu unterstützen.

Wir sind nun der Meinung, daß die Produktionssteigerung auch von der Arbeiterschaft sehr wohl befürwortet werden kann, in zahlreichen Fällen die Vorschläge der Arbeiterschaft (Gewerkschaftsjunktionen) zwecks Produktionssteigerung genügend Beachtung gefunden haben. Es erklärt sich das, daß die Profiteure in den letzten Jahren so gewaltig gewachsen sind, daß es dem Unternehmer oftmals gar nicht so schwierig ist, eine rationellere Gestaltung im Produktionsprozeß anzuknüpfen. Die deutsche „Arbeitgeber-Zeitung“ aufmerksam verfolgt, was man da in den letzten Monaten eine ganz merkwürdige Forderung: auf der einen Seite werden sich die Vertreter des Arbeitertums und der unbegrenzten Profiteure um die Erreichung herum, daß der Achtstundentag als internationale Grundlage der Arbeit in den großen Kulturländern beibehalten und auf der anderen Seite möchte man die Kollage Deutschlands, wie sie durch den Versailler Friedensvertrag entstanden ist, vermehrte Arbeitszeit der breiten Massen zum Ausgleich bringen.

Es ist schon schlimm genug, daß die Arbeiter in ihren Lohnkassen im letzten Monat für einen Monat im Existenzminimum zurückgefallen sind, so daß der deutsche Arbeiter geradezu als Paria da dasteht. Wohl hatten wir Anfang der neunziger Jahre noch die Erfahrung, daß der englische Arbeiter, soweit er organisiert war, das zwei- bis dreifache des deutschen Arbeiters im Reallohn, bei einer Arbeitszeit, die gegenüber der des deutschen Arbeiters um mindestens ein bis zwei Stunden geringer war, im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte (bis Kriegsausbruch) es den deutschen Gewerkschaften gewaltig aufzuholen, so daß er nur noch etwa um ein Drittel gegenüber den englischen Arbeitern zurückgefallen und die Arbeitszeit höchstens um eine halbe Stunde über die der qualifizierten Berufen, wo damals schon der Achtstundentag bestand.

Es ist das Bild ein völlig anderes geworden. Die Behauptung, die Herrschaft vom 15. März 1923 im Reichstag, daß der deutsche Arbeiter 80 Proz. des Vorkriegslohnes erreiche, ist ein Beweis, wie alle Zahlenreihen beweisen, die in objektiven Darstellungen festgelegt wurden. So bringt z. B. die

bekannte Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ ausführliche Tabellen und Zahlen über den Niedergang im Lebensstandard des deutschen Arbeiters auf 40 bis 60 Proz. des Vorkriegslohnes. Eine noch interessantere Darstellung bietet das Januarheft 1923 der „Internationalen Rundschau der Arbeit“. Es werden dort Lohnsätze im Vergleich genommen von England, Frankreich, Deutschland, Belgien und den Vereinigten Staaten, die der englischen Zeitschrift „Wiederaufbau“ Nr. 9 des „Manchester Guardian Commercial“ entnommen sind. Wir selbst haben wiederholt von unserem internationalen Sekretariat und auch sonst aus ausländischen Zeitungen Arbeitslohn- und Arbeitszeitparallelen aufgestellt, die aber immer den Mangel in sich hatten, daß die Vergleichbarkeit mit deutschen Verhältnissen sich schlecht errechnen ließ. In diesem Falle sind nun die Lohnsätze in Reichsmark wiedergegeben, und dabei ergibt sich das folgende Bild des Reallohns:

| Beschäftigungsart | Großbritannien | Deutschland | Frankreich | Belgien | Vereinigte Staaten |
|---------------------------|----------------|-------------|------------|---------|--------------------|
| Maurer | 100 | 50 | 66 | 59 | 214 |
| Himmerteute | 100 | 50 | 61 | 59 | 192 |
| Einrichter | 100 | 58 | 50 | 59 | 147 |
| Schriftsetzer | 100 | 48 | 58 | 57 | 108 |
| Ungef. Arbeiter | 100 | 71 | 66 | 55 | 74 |
| Durchschnittsmittel | 100 | 54 | 65 | 58 | 159 |

Es würden also an Arbeitsstunden erforderlich sein, um ein gewisses Quantum von Lebensmitteln, und zwar um 4 Pfund Brot, 7 Pfund Weizenmehl, 1 Pfund frischer Butter, 1 Quart frischer Milch, ein halbes Duzend Eier zu kaufen:

| Beschäftigungsart | Großbritannien | Deutschland | Frankreich | Belgien | Vereinigte Staaten |
|---------------------------|----------------|-------------|------------|---------|--------------------|
| Maurer | 8 | 7 1/2 | 5 1/2 | 6 | 1 |
| Himmerteute | 8 | 7 1/2 | 5 | 6 | 1 1/2 |
| Einrichter | 8 1/2 | 7 1/2 | 6 1/2 | 6 1/2 | 2 |
| Schriftsetzer | 8 | 7 1/2 | 5 | 6 | 1 1/2 |
| Ungef. Arbeiter | 4 1/2 | 7 1/2 | 10 1/2 | 6 1/2 | 5 1/2 |
| Durchschnittsmittel | 8 1/2 | 7 1/2 | 6 1/2 | 6 1/2 | 2 1/2 |

Man kann also ungefähr feststellen, daß im Frühjahr 1922, wo die Verhältnisse noch unergleichlich günstiger lagen als heute, der deutsche Arbeiter etwa nur die Hälfte der Wohnquote des englischen Arbeiters erhielt, während die belgischen und französischen Arbeiter annähernd zwei Drittel bekommen, und die Arbeiter in den Vereinigten Staaten das Doppelte des englischen Arbeiters.

Wenn man bedenkt, daß diese Aufstellungen von englischer Seite kommen, so wird sich schwerlich gegen diese Zahlen etwas sagen lassen. Und angesichts dieser Kollage des deutschen Arbeiters möchte man ihn auch noch wieder in bezug auf die Arbeitszeit ganz und gar zum Sklaven machen. Unseren Kollegen ist bekannt, daß man mit dem Wort „Arbeits- und Dienstbereitschaft“ haushieren geht, um bei den neuen Tarifgestaltungen eine Arbeitszeitverlängerung durchzuführen. Während der prinzipielle Standpunkt der Gewerkschaften dahin gehen muß, zu fordern, daß der Arbeitsprozeß so organisiert wird, daß ein erhebliches „Verlaufen“ nach Möglichkeit vermieden wird, kommen die Unternehmervertreter stets mit dem Argument, daß dies nicht möglich sei. In Wirklichkeit handelt es sich aber meist um Ausnahmefälle, die von Unternehmenseite verallgemeinert werden. Es ist gar keine Frage, daß in gegenwärtiger Zeit auch ein erheblicher Teil der Unternehmer einsteht, daß eine Produktionssteigerung sehr wohl auf anderem Wege zu erzielen ist. Wir sehen ja, wie aus Anlaß der Ruhrbelegung eine gewisse Umstellung in der Produktion pläglich möglich

war, und diese Umstellung wird ohnehin notwendig sein, nachdem wir nun einmal an die Weltmarktpreise herangelangt sind. Weltweit eine Stabilität in der Preisgestaltung in den nächsten Monaten verbleibt, vermag niemand mit Sicherheit vorauszuweisen. In keinem Fall kann den Arbeitern in heutiger Zeit zugemutet werden, neben den erbärmlichen Lohnverhältnissen nun auch noch eine verlängerte Arbeitschicht auf sich zu nehmen. Erst kürzlich noch brachte eine amerikanische Zeitschrift einen Artikel über die doch gewiß kapitalistische „Standard Oil Compagnie“ in Kalifornien, worin festgestellt wurde, daß die erhebliche Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden die physische Arbeitskraft der Arbeiter wesentlich gesteigert hat und auch die Moral der Arbeiter usw. sich bedeutend hob. Das ist für diejenigen, die in der Gewerkschaftsbewegung längere Zeit tätig sind, eine Erfahrungstatsache, die überall festgestellt werden konnte.

Nun wird oftmals von Unternehmerseite und auch von den Vertretern der Stadtverwaltungen nicht so sehr gegen das Prinzip des Achtstundentages angelämpft als gegen seine angebliche „schematische“ Anwendung. Wenn wir aber den gesamten Produktionsprozeß in Gemeinde- und Staatsbetrieben sowohl wie auch in der Privatindustrie in Betracht ziehen, so wird man feststellen müssen, daß nur wenige Verhältnisse so wesentlich anders gelagert sind, daß sie nicht der allgemeinen gesetzlichen Regel unterstellt werden könnten. Das ist auch besonders in der Schrift des ADGB über „Arbeitszeit,

Arbeitslohn und Arbeitsleistung“ von P. Herz und R. G. klar zum Ausdruck gekommen. Es wird darin nachgewiesen, daß der Tarifvertrag und die Ergebnisse der Tarifkämpfe ungewiss machen lassen, wie gewaltig die Vorarbeit der Gewerkschaften für den Achtstundentag gewesen ist auch in der Vorkriegszeit. Es sind auch die bekanteten Gutachten über die Arbeitszeitfrage von Geipart, Hilferding, Bosh u. a. wiederzugeben.

Das Entscheidende scheint uns aber darin zu liegen, daß Deutschland eine hochqualifizierte Arbeiterschaft und daher eine qualifizierte Industrie besitzt. Diese besondere Qualifikation muß nicht nur erhalten werden, sondern sie ist unter Umständen auch der entscheidende Faktor für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt. Ohne achtstündige Arbeitszeit und ohne reichenden Lohn kann die deutsche Arbeiterschaft die Produktion in der Güte und Mannigfaltigkeit hochhalten, wie es die Konkurrenz auf dem Weltmarkt erfordert. Denn darüber muß man sich nicht im Zweifel sein, daß die Schmuggelkonturrenz, die wir in den letzten Jahren der Weltmarktvorgänge betrieben haben, ohnehin einmal gehen mußte und daß wir nur etwas bedeuten können, wenn die Qualitätsarbeit wieder in den Vordergrund stellen.

Es bleibt daher Aufgabe der deutschen Gewerkschaften, im Konkurrenzkampf alle Kräfte anzuspannen, um den gesetzlichen Achtstundentag als Basis zu erhalten.

Unser Mitgliederstand am 1. März 1923.

Die Mitgliederbewegung für den Berichtsmonat vollzog sich nach den eingelangten Berichtsarten ungefähr in denselben Grenzen wie im vorausgegangenen Monat. Konnten wir am 1. Februar über einen Mitgliederstand von insgesamt 276 895 Mitgliedern berichten, so steht diesem Bestand am 1. März eine Gesamtmitgliedszahl von 277 058 Mitgliedern, nämlich 223 731 männlichen und 53 327 weiblichen gegenüber. Die Berichterstattung hat sich gegenüber dem Vormonat etwas gebessert. Bis zum festgesetzten Termin hatten 651 Filialen berichtet, 304 Filialen dagegen haben es wiederum nicht für nötig gehalten, die Berichtsarten einzufenden. Das Herd der Arbeitslosen hat sich gegenüber dem Vormonat um 523 Mitglieder erhöht, so daß wir 5655 Arbeitslose zählen.

Gewerkschaften
in
Deutschland

| Bezirk | Mitglieder am 1. Febr. 1923 | Zahl der Mitglieder am 1. März 1923 | | | + Abnahme - Zunahme | Zahl der Arbeitslosen |
|-------------------------------|-----------------------------|-------------------------------------|--------------|---------------|---------------------|-----------------------|
| | | männlich | weiblich | gesamten | | |
| 1 Augsburg | 2764 | 2351 | 282 | 2633 | + 181 | 115 |
| 2 Berlin | 49691 | 37945 | 11296 | 49181 | + 490 | 1030 |
| 3 Bielefeld | 3181 | 2641 | 438 | 3079 | + 52 | 19 |
| 4 Brandenburg | 5188 | 4101 | 980 | 5081 | + 107 | 164 |
| 5 Bremen | 7521 | 6917 | 657 | 7574 | + 58 | 69 |
| 6 Breslau | 18862 | 9959 | 8874 | 18833 | + 29 | 786 |
| Bez. Ober-Schlesien | 1256 | 999 | 262 | 1261 | + 5 | 4 |
| 7 Dortmund | 5064 | 3706 | 1355 | 5041 | + 23 | 76 |
| 8 Dresden | 10191 | 8681 | 2491 | 11002 | + 371 | 186 |
| 9 Düsseldorf | 10726 | 8503 | 1949 | 10452 | + 274 | 171 |
| 10 Erfurt | 6355 | 5124 | 1114 | 6238 | + 117 | 46 |
| 11 Frankfurt a. M. | 14998 | 12288 | 2797 | 15085 | + 87 | 79 |
| 12 Frankfurt a. d. O. | 1761 | 1968 | 264 | 2227 | + 466 | 86 |
| 13 Halberstadt | 3852 | 3428 | 557 | 3985 | + 83 | 78 |
| 14 Halle | 3512 | 2491 | 1032 | 3523 | + 11 | 85 |
| 15 Hamburg | 24861 | 19500 | 4883 | 24383 | + 28 | 252 |
| 16 Hannover | 7409 | 6856 | 1159 | 7515 | + 106 | 39 |
| 17 Karlsruhe | 5482 | 4875 | 1053 | 5428 | + 54 | 58 |
| Bez. Sigen | 1209 | 918 | 296 | 1154 | + 55 | 15 |
| Bez. Unterbaden | 4324 | 3985 | 866 | 4901 | + 23 | 22 |
| 18 Kiel | 4296 | 3339 | 753 | 4092 | + 204 | 163 |
| 19 Köln-Bonn | 1 797 | 10668 | 1881 | 11949 | + 152 | 25 |
| 20 Königsberg i. Pr. | 7279 | 5817 | 1428 | 7270 | + 9 | 617 |
| Bez. Danzig | 3341 | 2899 | 342 | 3241 | + 100 | 41 |
| 21 Leipzig | 6785 | 4765 | 2030 | 6795 | + 10 | 148 |
| 22 Lübeck | 5049 | 3870 | 1190 | 5060 | + 11 | 801 |
| 23 Magdeburg | 5893 | 4859 | 1007 | 5866 | + 27 | 224 |
| 24 Mainz | 5821 | 4749 | 1062 | 5811 | + 10 | 26 |
| Bez. Saargebiet | 557 | 535 | 22 | 557 | — | 1 |
| 25 München | 11196 | 8508 | 2666 | 11074 | + 122 | 157 |
| 26 Niederlausitz | 1577 | 1316 | 231 | 1547 | + 80 | 72 |
| 27 Nürnberg | 7826 | 6408 | 741 | 7149 | + 177 | 134 |
| 28 Rheinpfalz | 3973 | 3293 | 681 | 3974 | + 1 | 59 |
| 29 Stettin | 4790 | 3728 | 1018 | 4746 | + 16 | 156 |
| Bez. Ostpreußen | 1327 | 1192 | 164 | 1356 | + 29 | 109 |
| 30 Stuttgart | 6294 | 5445 | 619 | 6264 | + 40 | 80 |
| 31 Tübingen | 7922 | 6833 | 1528 | 7860 | + 66 | 60 |
| Einzelmitglieder | 75 | 56 | 19 | 75 | — | — |
| Gesamt | 276895 | 223731 | 53327 | 277058 | + 163 | 5655 |

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die Paarung von Karpfen und Kaninchen nannte seinen bitteren Sarkasmus der alte ehrliche freimaurerische Träger der politischen Koalition die sich nach den Reichstagswahlen im Jahre 1907 zwischen Konservativen und Freisinnigen bildete. Dieser Bloß ging zwei Jahre später an der St. Verbands- und Sozialen Bourgeoisie zugrunde. Die selbe, nur noch die Steuerhändler läßt im Jahre 1923 die Paarung zwischen Karpfen und Kaninchen wieder aufleben. Wir haben wiederholt in der „Kampagne“ die unverantwortliche Steuerbrückengerei der Regierung gebrandmarkt, insbesondere auch die vom V. P. G. unternommenen Schritte bei der Regierung bekanntgegeben, hier durchzugreifen. Reichszentraler hatte ein „Geheimwort“ zugelegt, d. h. eine Reform, insbesondere schnellere Erfassung der Steuern von der arbeitenden Klasse, vorkommen sollte. Damit hatte sich nun in den vergangenen Wochen der Reichstag zu befassen. Man erlebte dabei die bürgerlichen Parteien samt und sonders daran gar nichts war. Unter Führung Ehren-Helferichs bekämpften sie nicht die schwächlichen Regierungsentwürfe, sondern erst recht die weitgehend sozialdemokratischen Anträge. Von den zahlreichen Mitgliedern der SPD. war es insbesondere Dr. Herz, der mit den Steuerhändlern arg ins Gericht ging. Dafür mußte er sich ein „Helferich-Westphal-Sipp“ mit „Judenjunge“ und seine Partei mit „Lumpengelindel“ besiegeln lassen. Dr. Herz wies jedoch die ungeheure Defizitwirtschaft des Reiches nach. Betrug im Februar 1923 die Einnahmen des Reiches 314 Milliarden, im März aber 1821 Milliarden. Am 24. Februar 1923 betrug der Staatsschatz über 2679 Milliarden am 31. Januar und 1822 Milliarden am 31. Dezember 1922. Im Januar 1923 ergaben die Besitz- und Erbschaftsteuern 157,9 Milliarden, darin steden 94,5 Milliarden Einkommensteuer, von denen wieder 82 Milliarden das Einkommen des Lohnabzuges sind. Es sind darin weiter 43,3 Milliarden Umsatzsteuer, 8,8 Milliarden Verkehrssteuern gesamt also ein Betrag von 146,6 Milliarden, so daß also alle Steuern zusammen nur 11 Milliarden erbracht haben: ein Defizit des Budgets, der in einem einzigen Monat durch den Lohnabzug abgedeckt wurde. Fülle und Verbrauchssteuer, die als in der Hauptstadt auch von der arbeitenden Klasse abgeführt werden, erbrachten 100 Milliarden. Von je 100 Mt. Reichseinkommen stammten 96 Mt. aus dem Lohnabzug und der Rest 4 Mt. aus der Besteuerung und nur 4 Mt. aus der Besteuerung. Diese Zahlen beweisen, daß in keinem Lande der Welt die arbeitende Klasse so große Lasten trägt als in Deutschland. In Deutschland werden auf Steuerhinterziehung fürchterlich hohe Geldstrafen verhängt und auch vollstreckt. Englische Zeitungen schreiben: „daß die bestehenden Kräfte in Deutschland den Fiskus betrogen haben, daher keine Kriegsschulden bezahlt werden und daß die Kapitalisten in Deutschland reich und mächtig werden.“ In England haben die Lords, alle Familien müssen Besitztümer, die sie Jahrhundertlang hatten, aufgeben, da sie die Kosten, die Steuern nicht mehr zahlen können.“ Gibt es in Deutschland einen einzigen ähnlichen Fall? Diese Lehren Feststellungen von Dr. Herz werden nach dem durch Artikel in der bürgerlichen Presse und Versammlungen der Vorherrscher der demokratischen Partei und Führer der Dunderischen Gewerkschaften Erkennung, der im „Leipziger Blatt“ über seine Reiseindrücke in England berichtet:

„Man begegnet jetzt unter tüchtigen Politikern immer wieder denselben Ansichten: Deutschland habe sich abfällig vor England

• Internationale Rundschau •

Zur Internationalisierung der Ruhrkohle. Kürzlich hat ein Bericht von vier schottischen Parlamentariern (Angehörigen der Arbeiterpartei) großes Aufsehen erregt, da in ihm vorgeschlagen wurde, eine internationale Kontrollinstanz (Fünf-Mächte-Beraterung) für das Ruhrgebiet zu schaffen. Zu diesem Vorschlag nimmt nun die offizielle Monatszeitschrift der englischen Gewerkschaftszentrale und der Arbeiterpartei „The Labour Magazine“ in seiner Märznummer Stellung, nachdem sie die allgemeine Übereinstimmung der sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen in den in Frage kommenden Ländern zur Reparationsfrage festgestellt hat. Sie schreibt:

„Wir befürchten, daß diese Übereinstimmung nicht gerade geklärt worden ist durch den nicht offiziellen Plan, den die vier schottischen Parlamentarier, die kürzlich das Ruhrgebiet besuchten, der Öffentlichkeit unterbreiteten. Ihr unzeitgemäher Bericht, für den die Arbeiterpartei keine Verantwortung trägt, stellt die wirtschaftliche Einheit von Ruhrgebiet und Lothringen fest und regt an, eine internationale Kontrolle über den Ruhrkohlenbergbau einzusetzen, aber nur über diesen, während nichts davon in bezug auf die Lothringische Stahlindustrie gesagt wird. Die vorgeschlagene Fünf-Mächte-Kommission würde Frankreich ziemlich viel von dem gewähren, was es versucht, sich jetzt durch die militärische Besetzung zu sichern. Es stimmt allerdings, daß der Plan vorheißt, Deutschlands politische Unabhängigkeit wiederherzustellen und es sofort von der militärischen Besetzung zu befreien. Aber er schließt wirtschaftliche Unterwerfung, wenn nicht sogar Herabwürdigung mit ein. Es ist schwierig, sich vorzustellen, wie die deutsche Regierung völlig und ungehindert die Rechte politischer Unabhängigkeit in dem Teil ihres Landes ausüben könnte, das unter dieser internationalen Kontrolle stehen würde. Das Reparationsproblem als Ganzes ist so voller Bewildungen und Schwierigkeiten, daß es nur eine Verschärfung bedeutet, die Ruhrkohlenfrage und die Ruhrbesetzung so zu betrachten, als ob diese Dinge ganz getrennt vom Rest des Problems zu behandeln wären. Deutschland kann die Entschädigungen, die die Alliierten verlangen, nicht zahlen; es ist deshalb nur Zeitvergeudung, Pläne auszumachen, die doch die Entschädigungen herauszubringen sollen. Sie sind alle zum Scheitern verurteilt. Wir kommen wieder auf unsere früher gegebene Anregung zurück. Das ganze Problem von gegenseitigen Kriegsschulden, ob Aufsehen oder Reparationen, soll zum Gegenstand der Diskussion und Beschlußfassung einer Konferenz gemacht werden, die alle beteiligten Regierungen auf der Basis gleicher Gleichberechtigung umfasst. Solange dies nicht geschieht, kann kein wirklicher Friede in Europa bestehen.“

• Rundschau •

Ermäßigung der Lohnsteuer. Der Steuerbetrag 10 v. H. des Arbeitslohnes ermäßigt sich ab 1. März 1923: 1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau a) um je 800 Mk. monatlich, oder b) um je 192 Mk. wöchentlich oder c) um je 22 Mk. täglich, oder d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um je 8 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden; 2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind a) um 4000 Mk. monatlich, b) um 960 Mk. wöchentlich, c) um 160 Mk. täglich, d) um 40 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Kinder über 17 Jahre, die Arbeitseinkommen beziehen, werden nicht gerechnet; 3. zur Abgeltung der nach § 13 Abs. 1 Nr. 1 bis 7 zulässigen Abzüge a) um 4000 Mk. monatlich, b) um 960 Mk. wöchentlich, c) um 160 Mk. täglich, d) um 40 Mk. für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Für Monat Februar: Vom Arbeitslohn, der auf die letzten sechs vollen Arbeitstage des Monats Februar 1923 entfällt, wird ein Steuerabzug nicht vorgenommen. Erfolgt die Lohnzahlung nach Lohnwochen, so ist der Steuerabzug von dem Arbeitslohn nicht vorzunehmen, der auf die letzte im Monat Februar 1923 beginnende Lohnwoche entfällt. Erfolgt die Lohnzahlung nach Monaten, so bleibt a) bei einer nachträglichen Zahlung des Arbeitslohnes ein Viertel des Arbeitslohnes, der auf den Lohnzahlungsmonat entfällt, zu dem der 28. Februar 1923 gehört, b) bei einer Zahlung des Arbeitslohnes im voraus ein Viertel des Arbeitslohnes, der auf den ersten nach dem 28. Februar 1923 beginnenden Lohnzahlungsmonat entfällt, vom Steuerabzug frei.

Wirtschaftsschule. Der in der Deutschen Reichsverfassung zum Ausdruck gekommene demokratische Gedanke ruft alle Volkstreu zur Mitarbeit an den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben eines Volkes auf. Der Geist, der das deutsche Volk befeelen soll, drückt sich bereits in dem Eingangspruch aus, wo es heißt, daß das deutsche Volk sein Reich erneuern und den gesellschaftlichen Fortschritt fördern will. Einen eigenen Klang hat der Artikel 1: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Und in diesem Zusammenhange ist noch auf Artikel 165 zu verweisen, der den Arbeitern und Angestellten eine Mitwirkung an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte zuspricht und der die beiderseitigen Organisationen anerkennt. Dem deutschen Volke werden damit ganz neue Aufgaben

zugewiesen; es soll zur verantwortlichen handelnden Gemeinschaften. Notwendig ist aber, daß hinter dem Recht zur Mitarbeit dazu die Fähigkeit vorhanden ist, die aber bei denjenigen nicht vorhanden sein kann, die nach jahrzehntelanger Unterdrückung Gleichberechtigten emporgehoben werden sollen. Und es handelt sich hier zumeist um Kräfte, denen die Tür zur Hochschule verschlossen ist. Die Bestimmungen der Reichsverfassung sind zumeist die aber nur dann erreicht werden können, wenn der Wille die Fähigkeit zur Verwirklichung gegeben ist, wenn den Gegnern Gedanken eine größere Macht — als sie selbst darstellen — überlassen kann. Die Macht darf aber nicht allein in positivem Ausdruck kommen, sondern in der Mitarbeit liegt auch ein negativer Ausdruck begründet. Wenn für den Obrigkeitsstaat Unterlegenheiten, so kann damit der demokratische Staat unter den wärtigen Verhältnissen keineswegs mehr auskommen. Es kommt es darauf an, die Arbeitnehmer in die Zusammenhänge wirtschaftlichen Lebens, des verzweigten Arbeitsrechts, der Gebiete, der Staats- und Gemeindeverwaltung usw. einzuführen, so Kräfte zu Dienern des Volksganges heranzuziehen. Wie der an der Weiterbildung der unteren Volksschichten Interesse muß, so haben aber auch die wirtschaftlichen Organisationen wirtschafts- und Genossenschaft — daran Interesse, denn sie im Wirtschaftsprozeß heute eine größere Rolle als früher, sie in Zukunft immer mehr mit dem Wirtschaftsleben verbunden dem Aufbau des neuen Deutschlands. Und so ergibt sich für Staat und für die Organisationen der Wirtschaft die Aufgabe einer umfassenden demokratischen Entwicklung ein Gemeinwohl Segen nicht erreichen kann, wenn die Kräfte fehlen, die zur Verwaltung und Durchführung im weitesten Sinne berufen sind. Ausbildungsbedürfnissen Rechnung zu tragen ist sonach eines meines und öffentlichen Interesse. Mit Beifall müßte daher November 1919 von den Abgeordneten Graf und Lüdemann ein Antrag auf Errichtung von Wirtschaftsschulen aufgenommen sein und heute, nach einem zehnmonatigen Verbleib an der lichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin gesagt werden, daß die Hoffnungen der Hörer nicht getrübt sind. Es kann sich natürlich nicht darum handeln, systematische Vorlesungen über allerhand wissenschaftliche Gebiete zu hören, sondern praktische Wissen aus der Wirklichkeit vermittelt zu erhalten kurze Zeit — 10 Monate — erfordert auch die Durchführung der Arbeitsgemeinschaft in allen Lehrfächern. Dadurch können die Mitarbeiter beteiligt und der Unterricht interessant gestaltet werden nicht zu unterschätzenden Vorteil für die Hörer ist ein Kreis von Schülern, wodurch auf die Veranlagung eines jeden sich genommen werden kann. Bei einem größeren Kreis ist die Rücksichtnahme an der zur Verfügung stehenden Zeit. Begrüßt wurde die Anfertigung von Arbeiten über das Gehör die Heranziehung der Hörer zu Vorträgen, ferner die Befähigung von Betrieben. Diese Andeutungen zeigen, daß in der Wirtschaft alle Schwächen der alten Schule abgestreift sind. Zu dem war die uneigennützig Arbeit der Dozenten, während andererseits auch die Hörer sich jederzeit bewußt waren, daß sie auf der Allgemeinheit Wissen vermittelt bekommen. — In diesem Sinne sprach bei der am 28. Februar 1923 stattgefundenen Plenarsitzung des Ausschusses der Vorstände des Hörrats, unser Vorsitzender.

Ein wüßbegieriger Stadtrat. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlichte kürzlich folgendes Kulturdokument: „Verf. A II. Leipzig, 8. Februar 1923. An die Herren Verwaltungsvorstände. Wir versuchen, die bei der Neueinstellung von Angestellten und Arbeitern auszufüllenden Vordrucke „Bezirksärztliches Zeugnis“ und „Bezirksärztliches Zeugnis für Arbeiter“ (Vordruck Nr. 1070) und „Bezirksärztliches Zeugnis für Arbeiter“ (Vordruck Nr. 1071) zu ergänzen: 1. Hinter „Ausgaben der Vorgesetzten“ Kammer einzufügen: (von ihm (Ihr) eigenhändig niederzuschreiben 2. Am Schluß der Vorderseite ist hinter die Worte „der Vorrede“ zu setzen: „Ich weiß, daß ich bei falschen oder unvollständigen Angaben sofort wieder entlassen werden kann.“ 3. Im Vordruck Nr. 1071 als Frage 4a und im Vordruck 1071 als Frage T. T. aufzunehmen: Frauen: Wann war die letzte Monatsregel?“ — Der Stadtrat Leipzig. Personalamt. (gez.) Dr. Böhm, Stadtrat.“ Dazu sagt die „Leipziger Volkszeitung“: „Wir geben dem Stadtrat der Leipziger Staatsbureaukratie kommentarlos wieder verfasst uns die Sprache!“ Uns geht es auch so.

• Eingegangene Schriften und Bücher •

Die der Kapitalismus entstand. Ein Werk der Entleerung und des Kapitalismus und die Wege zu seiner Beseitigung. Von Dr. Dietrich. Verlag W. Planck u. Co., Wandlburg. Grundpreis: 1,50 Mk. Die Organisationsausgabe 1 Mk. S. 1400 (10. 2. 23.). Eine Ausgabe aus einer Vorrede, die auf Wunsch von Wagener Verlag mitzuteilen in Buchform festgelegt wurde. Die sozialpolitische Gesetzgebung. Von Prof. Dr. Rastel. (Erg. Wirtschaft.) Zentralverlag G. m. b. H., Berlin NW. 6.